

Informationsvermerk des Generalsekretariats des Rates zur Immobilienplanung (27. Februar 2003)

Legende: Angesichts der anstehenden Erweiterungsrounden schlägt das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union dem Ausschuss der Ständigen Vertreter, 2. Teil, am 27. Februar 2003 vor, die Immobilienplanung des Rates zu aktualisieren. Dieser Informationsvermerk weist auf Umbaumaßnahmen an existierenden Gebäuden und Bauvorhaben hin, die möglicherweise notwendig werden, um den durch die nächsten Erweiterungsrounden entstehenden Bedarf zu decken.

Quelle: Note d'information du Secrétariat général du Conseil au Comité des Représentants Permanents (2ème partie). Objet: Programmation immobilière dans la perspective des prochains élargissements, 6864/03, IMM 1. Bruxelles: Conseil de l'Union européenne, 27.02.2003. 13 p.
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/fr/03/sto6/sto6864fr03.pdf>.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/informationsvermerk_des_generalsekretariats_des_rates_zur_immobilienplanung_27_februar_2003-de-eedaed44-70ca-4e27-b801-1f7bc5bf2472.html



Publication date: 05/07/2016

Informationsvermerk des Generalsekretariats des Rates an den Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil) über die Immobilienplanung (Brüssel, 27. Februar 2003)

I. Einführung

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hatte in den Jahren 2001 und 2002 mit Blick auf die künftigen Erweiterungen und auf Grundlage der vom Generalsekretariat erarbeiteten Bewertungen Leitlinien für die Immobilienplanung des Rates verabschiedet.

Unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Entwicklungen übermittelt das Generalsekretariat des Rates nachstehend die jüngsten einschlägigen Informationen und schlägt vor, die Planung entsprechend zu aktualisieren.

II. Brüssel

1. Derzeitige Lage und künftiger Bedarf

Der Rat verfügt gegenwärtig über 165 900 m² Bruttogeschossfläche¹, die sich folgendermaßen aufteilt:

• Eigentum:

- Justus-Lipsius-Gebäude, Konferenzbereich: 55 680 m²
- Justus-Lipsius-Gebäude, Sekretariatsbereich: 82 280 m²

• zur Miete:

- Frère-Orban-Gebäude: 11 100 m²
 - Gebäude Kortenberg 150: 9 020 m²
 - Gebäude Kortenberg 158: 6 250 m²
 - Gebäude Froissart (2. Etage): 760 m²
- 165 090 m²

Die jetzigen Gebäude sind voll belegt und enthalten keine Reserven mehr, um den aktuellen Bedarf zu decken. Sie reichen auch nicht aus, um die zu erwartende Zunahme der Aktivitäten und der Beschäftigtenzahl abzufangen.

So hatte das Generalsekretariat mit Blick auf den künftigen Beitritt weiterer Staaten in Absprache mit der Antici-Gruppe in der Vergangenheit bereits Bedarfsschätzungen hinsichtlich der Sitzungsräume und Büros sowie der zeitlichen Staffelung ihrer Nutzung vorgenommen.²

Im Ergebnis dieser Studien gelangte der Ausschuss der Ständigen Vertreter zu dem Schluss, dass das Justus-Lipsius-Gebäude der Hauptsitz des Organs bleiben sollte, und erteilte unter diesem Blickwinkel einem Programm für den Umbau des Gebäudes seine Zustimmung, insbesondere was die Sitzungsräume und die Presserräume betrifft³.

Dabei hat er zugleich zur Kenntnis genommen, dass für den Fall des Beitritts von zehn neuen Staaten der Bedarf an Büroräumen auf etwa 65 000 m² Bruttogeschossfläche geschätzt wurde und dass im Falle der Aufgabe der Gebäude Frère-Orban und Kortenberg dieser Bedarf bei etwa 90 000 m² liegen könnte. Unter diesem Blickwinkel ermächtigte er das Generalsekretariat des Rates, den für 2003 vorgesehenen Teil der Bürogebäude anzumieten, die für die Jahre 2003 und 2004 vorgesehen waren.

2. Umbauten des Justus-Lipsius-Gebäudes

Um das Justus-Lipsius-Gebäude dem Bedarf im Zusammenhang mit den künftigen Erweiterungen anzupassen und die Möglichkeit zu schaffen, in diesem Gebäude die Tagungen des Europäischen Rates

durchzuführen, wurde folgendes Bauprogramm in Angriff genommen bzw. befindet sich in der Planung:

a) Ausstattung von 2 oder sogar 3 oder 4 Tagungsräumen mit 22/25 Dolmetschkabinen.

Dieses Programm beinhaltet:

- den Umbau von Saal 35.4 (2 x 75 Plätze für die Delegationen und 22 Dolmetschkabinen); mit den Arbeiten wurde im Jahr 2002 begonnen, und dieser Saal soll ab 1. Juli 2003 zur Verfügung stehen;
- die Erweiterung von Saal 50.1 (2 x 92 Plätze für die Delegationen und 25 Dolmetschkabinen); unter dem Vorbehalt des rechtzeitigen Vorliegens der Baugenehmigung werden die Umbauarbeiten im Juli 2003 beginnen, damit der neue Sitzungssaal ab 1. Mai 2004 zur Verfügung steht;
- der Umbau der Dolmetschanlage in den Sälen 50.6/50.7, damit in diesem Saal, wenn er in Doppelfunktion genutzt wird, in 22 Sprachen gedolmetscht werden kann; dieser Umbau könnte im Juni 2004 beginnen, damit beide Säle ab September 2004 wieder genutzt werden können;
- eventuell könnte im Reservebereich der 20. Etage ein Saal umgebaut werden, der mit Saal 35.4 identisch ist (2 x 75 Plätze für die Delegationen und 22 oder bis zu 24 Dolmetschkabinen); falls notwendig, können diese Arbeiten für das Jahr 2005 vorgesehen werden.

b) Aufstockung um eine zusätzliche Etage in SG.70.

In dieser Etage sollen 10/13 neue Delegationen unter Bedingungen untergebracht werden, die in etwa denen bei den derzeitigen Delegationen entsprechen. Die Errichtung dieser zusätzlichen Etage wird etwa 18 Monate dauern.

Da jedoch die Baugenehmigung für diese Arbeiten noch nicht vorliegt, wird es notwendig sein, den neuen Delegationen vorläufige Räume an anderer Stelle im Justus-Lipsius-Gebäude zuzuweisen.

c) Erweiterung des Pressezentrums

Die Notwendigkeit der Erweiterung des Pressezentrums hängt mit der Erweiterung und mit der Durchführung der Tagungen des Europäischen Rates im Justus-Lipsius-Gebäude⁵ zusammen.

Diese Arbeiten umfassen:

- die Erweiterung des Pressezentrums um Arbeitsräume, Briefing-Räume und Hörfunk/Fernseh-Kabinen auf Kosten von Parkplätzen im CO.01/02; diese Arbeiten wurden im Wesentlichen im Jahr 2002 durchgeführt; es sind jedoch noch einige Zusatzarbeiten auf diesen Etagen erforderlich (Einbau weiterer Kabinen, verstellbare Wände in einigen Briefing-Räumen, TV-Studio).
- die Überdachung des Hofes am Haupteingang und die Verlegung der Zugangskontrolle; vorbehaltlich des Vorliegens der Baugenehmigungen ist die Durchführung der Arbeiten in den Jahren 2003, 2004 und 2005 vorgesehen; die neuen baulichen Gegebenheiten sollen einerseits eine Verbesserung des Sicherheitsniveaus im Justus-Lipsius-Gebäude und andererseits die Bereitstellung eines Mehrzweckraums ermöglichen, der während der Tagungen des Europäischen Rates als Arbeitsbereich für die Presse genutzt werden kann⁶.

Zu diesen Umbauarbeiten ist anzumerken, dass die verspätete Erteilung der Baugenehmigungen sämtliche damit verbundenen Arbeiten blockiert, so insbesondere

- bereits heute den Bau einer Etage im SG.70 für die neuen Delegationen und die Verlegung der Zugangskontrolle am Haupteingang
- und demnächst die Erweiterung des Sitzungssaals 50.1 und die Überdachung des Hofes am Haupteingang.

Diese Baugenehmigungen müssen also freigegeben und schnellstens erteilt werden.

3. Zusatzgebäude

Der Gesamtflächenbedarf für den Rat in Zusammenhang mit den bevorstehenden Beitritten beläuft sich auf etwa 90 000 m² Bruttogeschossfläche, sofern die Nebengebäude aufgegeben werden⁷.

Zur Deckung dieses Bedarfs sind zwei Projekte vorgesehen:

- das LEX-Gebäude,
- die Résidence Palace.

a) LEX-Gebäude

Es sei daran erinnert, dass das Generalsekretariat des Rates im Juli 2001 eine Erkundung des Brüsseler Immobilienmarktes vorgenommen hat, um ein Gebäude zu erwerben oder anzumieten, das auf seinen Bedarf zugeschnitten ist⁸.

Im Ergebnis dieser Erkundung wurden Verhandlungen mit den Trägern des LEX-Gebäudes (rue de la Loi Nr. 145) mit dem Ziel des Erwerbs dieses Gebäudes aufgenommen. Dieses Gebäude mit einer Bruttogeschossfläche von 58 600 m² soll insbesondere umfassen:

- eine Fläche, auf der 7 Tagungsräume untergebracht werden können (2 x 70 Plätze für die Delegationen, 30 Dolmetschkabinen)⁹: 9 600 m²
- Büroräume für die Dienste des Generalsekretariats: 39 200 m²
- einen Restaurant- und Küchenbereich: 4 000 m²
- einen Mehrzweckbereich im Erdgeschoss und in der 1. Etage: 2 600 m²
- Technikräume, oberirdisch: 3 200 m²

Die Verhandlungen mit dem Träger stehen zur Zufriedenheit des Generalsekretariats kurz vor dem Abschluss, vor allem hinsichtlich der Fragen der Qualität, der Termine, der Kosten und der Finanzierung. So ist vorbehaltlich der Fertigstellung der Texte vorgesehen, den Vertrag Mitte nächsten Monats zu unterschreiben. In diesem Falle kann, sofern nichts Unvorhergesehenes eintritt, das LEX-Gebäude bis Ende 2006 an den Rat übergeben werden.

Die Begleichung des Kaufpreises für dieses Gebäude erfolgt in Form von Vorauszahlungen während der Bauphase und im Wege einer Erbpacht auf 27 Jahre nach Übergabe des Gebäudes.

b) Résidence Palace

Am 21. Oktober 2002 übergaben die Vertreter der belgischen Regierung dem Generalsekretariat des Rates technische Unterlagen zur Endabgabe des Blocks A des Gebäudes Résidence Palace an den Rat (rue de la Loi 155).

Darin werden der aktuelle Zustand des Gebäudes sowie bereits geplante Arbeiten beschrieben. Es umfasst insbesondere:

- die Pläne und eine technische Beschreibung des vorhandenen Gebäudes,
- die städtebaulichen Möglichkeiten und Auflagen,
- die geplanten Arbeiten (Eisenbahn),
- die verschiedenen das Grundstück belastenden Dienstbarkeiten (insbesondere Eisenbahn und Übergänge zu den anderen Blöcken der Résidence Palace).

Aus den Unterlagen geht hervor, dass möglicherweise (durch Renovierung, Abriss und Wiederaufbau und/oder durch Neubau) ein Gebäude mit einer Bruttogeschossfläche von ca. 35 000 bis 45 000 m² errichtet werden könnte.

Die technischen Unterlagen sind durch die Dienste des Generalsekretariats geprüft worden, und es wurden Gespräche mit den Vertretern des belgischen Staates aufgenommen, um Folgendes zu klären:

- städtebauliche Fragen (Möglichkeit der Erteilung von Baugenehmigungen, Übertragung der Verpflichtung zur Bereitstellung von Ersatzwohnungen, Klassifizierung bestimmter historischer Teile des Gebäudes als denkmalgeschützt, Folgen bestimmter Dienstbarkeiten);
- Sicherheitsfragen (Bahnhof und unterirdische Eisenbahn, Wegerechte);
- Frage der künftigen Zweckbestimmung des Gebäudes (Sitz des Europäischen Rates und/oder des Rates, AStV, Pressezentrum, Büros);
- Fristen und Verfahren der Realisierung;
- Fragen der Kosten und Finanzierungsmodalitäten.

Das Generalsekretariat plant, den Ausschuss der Ständigen Vertreter mit diesem Dossier zu befassen, sobald es die vorstehend genannten Fragen mit den zuständigen belgischen Behörden klären konnte.

4. Übergangsgebäude

Im Rahmen des bereits vom Ausschuss der Ständigen Vertreter gebilligten Ansatzes und bis zur Fertigstellung des LEX-Gebäudes (Ende 2006) und des Résidence Palace (nach I 2007) benötigt der Rat bereits ab 2003 „Ersatzflächen“ über die bereits von ihm genutzten Flächen hinaus.

Nach den im Jahr 2002 erhobenen Angaben¹⁰ beläuft sich der Raumbedarf auf eine Bruttogeschossfläche von 26 280 m² (Büros), zuzüglich einer Bruttogeschossfläche von 2 400 m² für die vorübergehende Unterbringung der neuen Delegationen¹¹. Mit diesen zusätzlichen Flächen müsste es möglich sein, den bestehenden Bedarf zu decken und die unerlässlichen zusätzlichen Flächen im Zusammenhang mit der Erweiterung bereitzustellen.

So gab das Generalsekretariat für die Tranche 2003 dieses Bedarfs im August 2002 eine Erkundung des Mietimmobilienmarktes in Auftrag. Unter den 40 eingegangenen Vorschlägen und auf der Grundlage des Preis-Leistungs-Verhältnisses und der Termine wählten die Dienste des Generalsekretariats das Gebäude Rolin (Ecke Chaussée de Wavre und Boulevard Louis Schmidt in Etterbeek) aus. Es handelt sich um ein Gebäude mit einer Geschossfläche von 18 800 m², das ab 1. April 2003 auf neun Jahre angemietet wurde, wobei der Mietvertrag allerdings ab 1. April 2007 jährlich gekündigt werden kann.

Was die Tranche 2004 des Übergangsbedarfs betrifft ($26\,280\text{ m}^2 + 2\,400\text{ m}^2 - 18\,800\text{ m}^2 = 9\,880\text{ m}^2$), so beabsichtigt das Generalsekretariat, im Juli 2003 eine neue Erkundung des Mietimmobilienmarktes in Auftrag zu geben.

5. Krippengebäude

Die Situation hinsichtlich der Krippenplätze für die Kinder der europäischen Bediensteten hat sich deutlich verschlechtert und jetzt einen unhaltbaren Stand erreicht. Das derzeitige Defizit an Plätzen dürfte sich nach der Erweiterung aufgrund der damit verbundenen zunehmenden Verjüngung des Personals noch verstärken.

Im Übrigen zeigt sich, dass es auf interinstitutioneller Ebene nicht möglich sein wird, im Jahr 2004 oder nicht einmal 2005 ausreichende Kapazitäten an Krippenplätzen bereit zustellen ¹².

Angesichts dieser Situation hat das Europäische Parlament bereits Schritte unternommen, um ab 2004 über eine eigene Krippe zu verfügen. Das Generalsekretariat erachtet es seinerseits als notwendig, dass der Rat über eine eigene Krippe verfügt.

Auf der Grundlage einer Studie zur derzeitigen Struktur und der voraussehbaren Wirkung der Erweiterung wird der Bedarf an Krippenplätzen für das Generalsekretariat im Jahr 2004 bei mindestens 135 Kindern liegen. Je nach verfügbaren Plätzen könnte die Krippe auch für Kinder der Angehörigen der Ständigen Vertretungen zugänglich sein.

Die für das Jahr 2004 beantragten Mittel für Immobilien werden somit die Anmietung (für die Dauer von sechs Monaten) und die Einrichtung einer solchen Krippe berücksichtigen (Bruttogeschossfläche $\pm 4\,000\text{ m}^2$). Auf dieser Grundlage beabsichtigt das Generalsekretariat, ab Juli 2003 den Immobilienmarkt im Hinblick auf die Anmietung oder das Leasing eines Krippengebäudes zu erkunden.

III. Sonstige Standorte

1. Luxemburg

Die luxemburgischen Behörden haben seit 2001 mit der Erweiterung und umfassenden Instandsetzung des Konferenzzentrums Kirchberg begonnen.

Gemäß diesem Programm kann der Rat die derzeitigen Infrastrukturen bis Ende 2003/Anfang 2004 weiter nutzen. Ab April 2003 werden in diesem Gebäude zusätzliche Räume zur Verfügung gestellt, um vorübergehend die neuen Delegationen aufzunehmen.

Danach werden 2004 bis 2007 die Ratstagungen vorübergehend in den Hallen der Internationalen Messe Luxemburg stattfinden. In diesen Hallen sollen zeitweilig Tagungsräume mit 20/22 Dolmetschkabinen, Räume für 25/28 Delegationen sowie Räume für die Presse eingerichtet werden.

Es ist vorgesehen, dass im Jahr 2007 der Rat die umgebauten Räume im Konferenzzentrum Kirchberg wieder in Besitz nehmen kann.

2. Genf

Es sei daran erinnert, dass der Rat der Europäischen Union seit 1973 in den Räumlichkeiten des Centre International des Conférences in Genf (CICG) untergekommen ist. Nun ist vorgesehen, dass das CICG im Jahr 2004 wegen umfangreicher Instandsetzungsarbeiten geschlossen wird, zudem werden die derzeitigen Räumlichkeiten angesichts der bevorstehenden Erweiterungen nicht mehr ausreichen¹³.

Aufgrund dieser Lage hat das Generalsekretariat des Rates im Juli 2001 in Absprache mit der Kommission eine Erkundung des Genfer Immobilienmarktes mit dem Ziel der Anmietung eines Komplexes von Sitzungs- und Büroräumen, der dem Bedarf der beiden Institutionen entspricht, in Auftrag gegeben.

Unter den 15 eingegangenen Vorschlägen haben die beiden Organe sich in einer Vorauswahl für das Projekt Grand Pré entschieden, das dem Bedarf am besten entsprach und das beste Preis-Leistungs-Verhältnis aufwies.

Im Ergebnis der Anfang 2002 aufgenommenen Verhandlungen mit dem Träger konnte zunächst der Zuschnitt der Räumlichkeiten, so vor allem die Lage des Zugangs, und der Zuschnitt der Tagungs- und Büroräume innerhalb einer Bruttogeschossfläche von $3\,180\text{ m}^2$ präzisiert werden.

In der Folge wurden die technischen Spezifikationen, die Fragen der Kosten und Fristen sowie sonstige rechtliche Aspekte ausgehandelt. So ist nunmehr der Mietvertrag unterschriftsreif und soll im März 2003 unterzeichnet werden. In diesem Falle könnten die neuen Räumlichkeiten Ende 2004 mit Beginn der Umbauarbeiten im CICG bereit stehen.

3. New York

Ebenso wie an den anderen Arbeitsorten hat die Erweiterung der Europäischen Union zur Folge, dass der

verfügbare Platz (insbesondere Sitzungsräume) nicht mehr dem Bedarf entspricht.

Hinzu kommt, dass der gegenwärtige Standort des Verbindungsbüros (823 UN Plaza) von der Informationssicherheit her sicher nicht der Geeignete ist.

So wurde im Dezember 2002 eine Erkundung des lokalen Mietimmobilienmarktes mit dem Ziel eines Umzugs des Verbindungsbüros oder einer Erweiterung, Neuinstallation und Erhöhung der Sicherheit im gegenwärtigen Gebäude gestartet.

Auf der Grundlage einer detaillierten Analyse hinsichtlich der funktionellen Aspekte, der Sicherheit, der Kosten und Fristen fiel die Wahl auf das Gebäude 222 E 41 Street. Vorbehaltlich der tatsächlichen Verfügbarkeit der Räume in diesem Gebäude¹⁴ wird das Generalsekretariat in Kürze in der Lage sein, diese Entscheidung gegenüber dem Eigentümer der Immobilie zu bestätigen. In diesem Falle könnte das Verbindungsbüro Ende 2003 die neuen Räumlichkeiten beziehen.

IV. Schlussfolgerungen

Wie aus dem vorstehenden Bericht hervorgeht, ist das Generalsekretariat des Rates im Jahr 2002 im Bereich der Schaffung der Immobilienstrukturen mit Blick auf künftige Erweiterungen ein gutes Stück vorangekommen. Somit lässt sich vorbehaltlich der Erteilung der Baugenehmigungen (Umbau des Justus-Lipsius-Gebäudes) und der Bereitstellung der Haushaltsmittel die Immobilienplanung folgendermaßen zusammenfassen:

a) Brüssel

- Hinsichtlich der Sitzungssäle hat das Generalsekretariat bereits umfangreiche Umbauarbeiten im Justus-Lipsius-Gebäude in Angriff genommen, die in den Jahren 2003, 2004 und 2005 fortgesetzt werden sollen.
- Für die neuen Delegationen werden bis zur Errichtung einer zusätzlichen Etage vorläufige Räume im Justus-Lipsius-Gebäude zur Verfügung gestellt.
- Für die Presse wurde 2002 eine erste Erweiterung vorgenommen, die in den Jahren 2003, 2004 und 2005 fortgesetzt werden soll.
- Für den vorübergehenden Bedarf an Büroräumen für das Generalsekretariat hat dieses das Gebäude Rolin angemietet und sieht für 2004 die Anmietung eines weiteren Ersatzgebäudes vor; geplant ist weiterhin die Anmietung eines Krippengebäudes.
- Auf lange Sicht beabsichtigt das Generalsekretariat, etwa Mitte März 2003 den Leasing-Vertrag für das LEX-Gebäude abzuschließen und hat erste Gespräche mit den belgischen Behörden bezüglich der Übernahme des Blocks A des Résidence Palace aufgenommen.

b) Sonstige Standorte

- Für Luxemburg soll durch die luxemburgischen Behörden eine vorläufige Infrastruktur ausgebaut werden, bis die Erweiterung und Instandsetzung des Konferenzzentrums Kirchberg abgeschlossen ist.
- Für Genf beabsichtigt das Generalsekretariat, Anfang März 2003 einen Vertrag abzuschließen, der es ihm ermöglicht, Ende 2004 neue Räume zu beziehen.
- Für New York sind die Verhandlungen gut vorangekommen, und vorbehaltlich einer Bestätigung der Entscheidung könnte das Verbindungsbüro Ende 2003 neue Räume beziehen.

Die haushaltspolitischen Konsequenzen der vorstehend besprochenen Arbeiten, Anmietungen und Käufe werden Teil der Unterlagen sein, die dem Ausschuss der Ständigen Vertreter im Rahmen der Erstellung des Haushaltsplans 2004 in Kürze zugehen werden. Eine Zusammenfassung ist in dem Schaubild im Anhang enthalten.

Anhang

[Schaubild]

¹ Ohne Kellerräume und ohne die Lagerräume in Overijse.

² insbesondere Dok. 14365/3/01 und 7301/02.

³ insbesondere Dok. 15473/01.

⁴ Dok. 10869/02.

⁵ In Erwartung des Baus oder Ausbaus endgültiger Räume, beispielsweise im Résidence Palace.

⁶ Auf diese Weise sollen anlässlich eines wichtigen Ereignisses (insbesondere einer Tagung des Europäischen Rates) die Anmietung bzw. Aufstellung zeitweiliger Einrichtungen (Container und Zelte) sowie die Nutzung der Sitzungsräume in den Etagen 20 und 35 vermieden werden.

⁷ Dieser Bedarf basiert auf der Hypothese des Beitritts von zehn neuen Staaten; angesichts der laufenden Verhandlungen über mögliche spätere Beitritte ist das Generalsekretariat des Rates der Auffassung, dass diese Schätzung in einigen Jahren bereits überholt sein könnte.

⁸ Dok. 12836/01.

⁹ In einer ersten Phase (2006) könnten nur 2 oder 3 Räume vollständig hergerichtet werden; die übrigen Räume könnten nach und nach je nach Bedarf in den hierfür vorgesehenen Umfängen folgen.

¹⁰ Dok. 7301/02.

¹¹ Siehe oben Ziffer II.2b).

¹² Die Kommission prüft bereits seit 2001 den Bau einer größeren Krippe für 350 Kinder; dieses Projekt kommt auf Grund der Schwierigkeiten der Beschaffung der Baugenehmigung für eine solche Anlage nicht voran.

¹³ Dok. 12808/01.

¹⁴ Dieses Gebäude wurde gerade vom Pensionsfonds der Vereinten Nationen erworben.